

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: i. B. Dr. jur. Hammann.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 17. Juli 1885.

№ 71.

Wahlausichten.

Als im Sommer des Jahres 1882 die Vorbereitungen zu den Landtagswahlen ihren Anfang nahmen, wurde das Stichwort „Einigkeit und festes Zusammenstehen aller liberalen Parteien“ ausgegeben und in weiten Kreisen gläubig nachgesprochen. Dieses Mal scheint das Gegentheil gelten zu sollen. Wie das nach verunglückten gemeinschaftlichen Unternehmungen auch im bürgerlichen Leben zu geschehen pflegt, schieben die Theilnehmer des fortschrittlich-freisinnigen Mißerfolges einander gegenseitig die Schuld zu. Auf dem linken Flügel der „deutsch-freisinnigen“ Partei wird darüber geklagt, daß alles Unheil von dem Einziehen der alten Fortschrittshand und von der Vereinigung mit den sog. SeceSSIONisten herrühre. In gewissen, ehemals secessionistischen Kreisen neigt man wiederum der Meinung zu, daß die vielbeklagte „Rechtsschwengung“ der Nationalliberalen hätte vermieden werden können, wenn die im Jahre 1879 aus dieser Partei ausgeschiedenen Politiker den Lockungen der E. Richter und Genossen zu widerstehen, bei dem alten maßvollen Programm zu verharren und auf eigenen Füßen zu bleiben, verstanden hätten. „Links von dem linken Flügel“ der Freisinnigen hat sich endlich eine von den Herren Guido Weiß, Philipps, Lenzmann u. s. w. begründete demokratische Partei aufgethan, welche die Fortschrittler sammt und sonders als Abtrünnige von den „richtigen“ 48er Ideen behandelt, alles Uebel von der angeblichen Halbheit der fortschrittlichen Führer herleitet, diese mit den herbsten Vorwürfen überschüttet, als einziges Heilmittel Vereinigung der entschiedenen Fortschrittsfreunde des Nordens mit der süddeutschen Volkspartei empfiehlt und dieser wegen ihrer Zurückhaltung herbe Vorwürfe macht. — Feindselige Auseinandersetzungen zwischen diesen verschiedenen Cliquen und Richtungen bilden bereits seit einiger Zeit die Lieblingsbeschäftigung der radicalen Presse, deren tiefgehende Verstimmung sich aus dem Vorgefühl neuer Wahlniederlagen sattem erklärt. Was es mit derselben auf sich hat, geht u. A. daraus hervor, daß ein vorgeschrittenes Berliner Fortschrittsblatt seinen Freunden allen Ernstes den Rath erteilt, für die nächsten Wahlen Verständigung und Zusammengehen mit den anständigeren und gemäßigteren Elementen der Socialdemokratie ins Auge zu fassen! Der Socialdemokratie droht nämlich, zufolge des Krieges, den die „entschiedeneren“ Volksmänner den socialdemokratischen Reichstags-Mitgliedern machen, gleichfalls eine innere Spaltung.

Daß die Disciplin in geschlagenen Armeen gelockert zu werden pflegt, ist eine bekannte, durch die Erfahrungen des letzten großen Krieges abermals bestätigte Thatsache. Mit dem Eingeständniß, daß sie auf's Haupt geschlagen sind, vermögen die Gegner der nationalen Reichs- und Wirthschaftspolitik aber so wenig zurückzuhalten, daß sie auf mehr als Behauptung der ihnen gebliebenen alten Wahlhose überhaupt nicht mehr rechnen. — Das wollen wir uns nicht zwei Mal sagen lassen! Für die Freunde der guten Sache wird es gelten, diese Gunst der Lage rechtzeitig und energisch auszunutzen und den während der letzten Jahre begonnenen Siegeszug mit vereinten Kräften fortzusetzen. Mögen die Meinungen im Einzelnen und namentlich in Bezug auf die anzuwendenden Mittel auch hie und da auseinander gehen — über die Hauptsache und über das anzustrebende Ziel herrscht unter den staatsbehaltenden Parteien vollständige Uebereinstimmung. Es wird einerseits gelten, das erfolgreich in Angriff genommene Werk der Wiederaufrichtung und Kräftigung der deutschen Landwirthschaft und des deutschen Handwerks auszubauen und zu vervollständigen, andererseits aber auf Verminderung der Lasten Bedacht zu nehmen, welche den Kreisen und Kommunen aufgebürdet worden sind. Je deutlicher und unwiderprechlicher dem Volke bewiesen

wird, daß die Besserung seiner wirthschaftlichen Lage den Hauptzweck unserer gesetzgeberischen Arbeit bildet, desto entschiedener darf auf Gesundung der die ärmeren Klassen beherrschenden politischen Anschauungen und auf Befestigung der Einsicht gerechnet werden, daß das Heil nicht von parlamentarischen Mehrheitsherrschäften, sondern allein von einem starken, durch das Vertrauen des Volkes getragenen Königthum zu erwarten steht.

Hunger und Liebe.

Die Richtung unserer neueren Wirthschafts- und Socialpolitik ist vom Fürsten Bismarck einmal mit dem Worte praktisches Christenthum bezeichnet worden. Das ist kein leeres Schlagwort, wie Gegner dieser Politik zuweilen behaupten, sondern trifft wirklich den Kern der Sache.

Der Liberalismus, der bei der Aufrichtung der Einheit des Reiches gute Dienste gethan hat, zeigte sich der Aufgabe, für das Wirthschaftsleben der Nation die geeignete Form zu finden, gar nicht gewachsen. Die Liberalen, deren Fehler überhaupt ist, in Abstractionen, in Lehrbegriffen, sich zu bewegen, verfahren lediglich als Anhänger des Individualismus, d. h. jener Lehre, welche dem Staate nur Nachwächterdienste übrig läßt und dem Einzelnen ganz anheim giebt, wie er sich am besten und vortheilhaftesten durch's Leben schlage. Diese Lehre macht in Wirklichkeit den Eigennutz zum leitenden Grundsatz, aber jeder Staat arbeitet an seiner eigenen Auflösung, der nicht von fittlichen Grundsätzen ausgeht. Nach der Bibel sind wir nur Haushalter und Verwalter, die einst Rechenschaft abzulegen haben, und ist Nächstenliebe Menschenpflicht. Dem Grundsatz in der Socialpolitik Geltung zu verschaffen, heißt darum mit Recht praktisches Christenthum treiben; ihm zu folgen, ist nicht nur eine moralische, sondern auch eine politische Nothwendigkeit in einer Zeit, da Verbitterung die immer wachsende Zahl der Schwachen und Enterbten in den Kampf gegen die staatliche Ordnung selbst treibt.

Bei Schiller heißt es:

Einstweilen, bis den Bau der Welt
Philosophie zusammenhält,
Erhält sich das Getriebe
Durch Hunger und durch Liebe.

Die Lehre vom freien Spiel der Kräfte läßt den Hunger frei walten, wohl auch die Liebe. Aber Letztere muß bei der Schwäche der menschlichen Natur in dem Kampfe unterliegen, wenn ihr nicht der Staat, dieses nothwendige Schutzmittel gegen die Herrschaft des Unrechts, zu Hilfe kommt.

Sehen wir uns doch die praktischen Folgen unserer Socialpolitik an, die sich ja noch in den Anfängen befindet. Die freie Concurrenz ist der Kampf Aller gegen Alle, jedes Erwerbsgewerbes gegen jeden andern. Der Staat fördert die Bildung von Innungen und Genossenschaften, d. h. er will den Wettbewerb einschränken durch das gleiche Interesse, statt des Kampfes gegen alle, den Kampf mit allen, nicht die gegenseitige Ausbeutung als Ziel, sondern die gegenseitige Förderung. Es werden Beranstaltungen getroffen, um Leben, Gesundheit und Existenz des Arbeiters zu schützen und zu sichern. Damit wird seine Leistungsfähigkeit und Verbrauchskraft erhöht und das Volksvermögen mehr befestigt, als wenn das Kapitalvermögen frei schalten und walten kann und dabei erfahrungsmäßig in den Händen Weniger sich ansammelt.

Mit dem, was bisher geschehen, ist, wie gesagt, das praktische Christenthum noch lange nicht erschöpft. Aber den unschätzbaren

Erfolg hat das bisher Geleistete in sittlicher Beziehung gehabt, daß bei den Besitzenden das Gefühl der socialen Verpflichtung, das Bewußtsein der Menschenpflichten gegen die Armeren, die Liebe im Gegensatz zum Hunger durch den Staat geweckt und gestärkt worden sind.

Politische Tagesfragen.

Im Mai 1886, wenn seit Eröffnung der ersten durch die Akademie der Künste in Berlin veranstalteten öffentlichen Kunstausstellung hundert Jahre verfloßen sein werden, soll eine große akademische Jubiläumsausstellung stattfinden. Se. Majestät der Kaiser ist dem Wunsche des Senats der Akademie der Künste nachgegeben und hat das Protectorat übernommen. S. K. Hoheit der Kronprinz wird Ehrenpräsident eines besonderen Ehrencomité's werden.

Von den polnischen Umtrieben in den östlichen Provinzen legen zwei Fälle Zeugniß ab, von denen der Reichsanzeiger wie folgt berichtete:

„In dem zu der katholischen Kirche zu Deutsch-Piekar im Kreise Beuthen D.-Schl. gehörigen Orte Scharley wohnen viele deutsche Bergbeamte. Mit Rücksicht auf diese hatte der Pfarrer Sobotta in Deutsch-Piekar vor einiger Zeit angeordnet, daß die sogenannten Maiandachten nicht wie bisher ausschließlich in polnischer Sprache, sondern abwechselnd auch in deutscher Sprache abgehalten werden sollten, und ließ in Folge dessen den mit der Ausführung beauftragten Kaplan Figiel bei den deutschen Andachten die Litanei durch einen dazu besonders geschulten, aus Damen und Lehrern der Umgegend gebildeten Chor von der Orgelbühne lateinisch absingen. Dies erregte das Mißfallen der polnisch redenden Bevölkerung. Dasselbe äußerte sich zuerst bei dem am 4. Mai d. J. stattfindenden Vortrage der Litanei, indem die im unteren Kirchenraume befindliche Menge gleichzeitig ein polnisches Lied anstimmte. Um eine Wiederholung dieser Störung zu verhindern, setzte sich am 6. d. M. der Kaplan Figiel selbst an die Orgel, um die Begleitung zu besorgen, mußte aber erfahren, daß sofort nach Beginn der lateinischen Litanei von mehreren Anwesenden ein nach derselben Melodie gehendes polnisches Kirchenlied angestimmt, und dadurch die Durchführung der Andacht in einer unangenehmen Weise gestört wurde. Dieses Verhalten wurde von dem Kaplan Figiel demnächst von der Kanzel herab scharf gerügt, und hat sich der Vorfall seitdem nicht wiederholt.“

Die stattgehabten polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß die gedachten Störungen von einer Gesellschaft junger, dem Arbeiterstande angehöriger Leute ausgeführt, und verabredet worden sind. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß dieselben nicht aus eigenem Antriebe gehandelt, sondern in Folge einer mehr oder weniger mittelbaren Einwirkung von dritter Seite zu diesem Verhalten gekommen sind. Die Quelle dieser Einwirkung ist noch Gegenstand der Untersuchung.“

Ferner ist die Orgel in der katholischen Kirche zu Laurahütte in einer boshaften und schmutzigen Weise zerstört und verunreinigt worden. Als die Verübter dieses Frevels sind zwei Arbeiter, Raspryt und Nowak zu Laurahütte ermittelt und verhaftet. Wie der erstere von beiden eingestanden, sind dieselben durch Zusicherung einer Belohnung von 30 M. zu diesem Werke gedungen worden, um den für den ersten Pfingstfesttag in Aussicht genommenen deutschen Festgottesdienst unmöglich zu machen.

Ueber das Lehrlingswesen und Innungsbildung läßt sich der Jahresbericht der Handelskammer von Koblenz, ausgehend von den Klagen über mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge und demgemäß auch der Gesellen und künftigen Meister, wie folgt aus:

„Bei der jetzigen Lage des Handwerks und mit Rücksicht auf die immer stärker hervortretende Vorliebe für geschmackvolle, wenn möglich künstlerisch durchgebildete Herstellung aller Gegenstände des täglichen Gebrauchs und der Ausstattung kann in Einrichtungen, welche eine sorgfältige Ausbildung der Lehrlinge herbeizuführen geeignet sind, nur die beste Waffe des Handwerks im Kampfe mit der fabrikmäßigen Produktion erblickt werden. Von diesem Gesichtspunkte aus haben sich denn auch Kreise mit der Förderung der Innungsbildung einverstanden erklärt, welche sonst an dem Prinzip der Gewerbefreiheit nicht gerüttelt wissen wollen, wie dies durch die Einfügung der Bestimmung des § 100 e in die Gewerbeordnung geschehen ist. Wie wünschenswert unter Umständen die Innungsbildung sein kann, zeigt sich in dem Steinindustriebezirk des Kreises Mahen, wo nach competentem Urtheil die Zukunft eines zur Zeit blühenden, für die ganze Gegend außerordentlich wichtigen Industriezweiges durch das derzeitige ungeregelte Lehrlingswesen geradezu gefährdet wird.“

Personalien.

Der bisherige außerordentliche Professor an der Universität zu Halle, Lic. theol. Franke, ist zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der Universität zu Kiel ernannt worden.

Der bisherige Landesgeologe, Privatdozent an der Universität zu Berlin, Professor Dr. Kahser, ist zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Marburg ernannt worden.

Der Seminardirector Frieße in Neu-Ruppin ist zum Regierungs- und Schulrath ernannt worden. Derselbe wird dem Vernehmen nach der Regierung zu Lüneburg überwiesen werden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser Kaiser hat seine Kur zu Ems mit bestem Erfolge beendet und sich Dienstag Nachmittag zu einem zweitägigen Besuche der Kaiserin nach Coblenz begeben. Das hohe Paar unternahm während der Anwesenheit des Kaisers bei günstigem Wetter mehrfach Ausfahrten in die Rheinanlagen und in die Umgebungen der Stadt. Am Donnerstag Abend verließ der Monarch Coblenz und fuhr nach Constanz, um sich von hier zu Dampfschiff nach der Insel Mainau im Bodensee zu begeben. Die Großherzogl. Badischen Herrschaften erwarteten den Kaiser in Constanz. Uebrigens wird der Kaiser nur wenige Tage auf der Mainau in Gemeinschaft mit denselben zubringen und schon am 20 oder 21. nach Gastein weiterreisen. Daß sich der Kaiser den Anstrengungen einer solchen Reise unterziehen kann, beweist zur Genüge, daß sich der geliebte Herr vollkommen wieder gekräftigt hat.

Der Vicepräsident des Staatsministeriums, Minister des Innern von Puttkamer ist von seiner Dienstreife durch die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein nach Berlin zurückgekehrt. Der Minister für Landwirthschaft, Dr. Lucius, hat eine Dienstreife nach der Provinz Posen angetreten. Der Kriegs- und der Kultusminister haben Berlin verlassen, um ihren Sommerurlaub zu genießen.

Wenn wir vor acht Tagen die Meldung der ultramontanen Blätter, daß der Bischof von Paderborn den vielbesprochenen Erlass ohne Weiteres zurückgezogen habe, bezweifelten, so hat sich dieser Zweifel durchaus bestätigt. Die „Germania“ hat selber zugeben müssen, daß eine Zurücknahme bisher in keiner Weise erfolgt ist. Inzwischen werden offenbar die Bemühungen fortgesetzt, den Bischof im Sinne der Gegner des Erlasses zu beeinflussen. Ob die Reise des Bischofs Rom nach Münster und Paderborn mit dieser Angelegenheit zusammenhängt und ob überhaupt von Rom aus eingegriffen werden soll, wird sich bald zeigen.

Das politische Leben ist nach wie vor durchaus still. Auch die bevorstehenden Wahlen fallen bis jetzt nur sehr vereinzelt in den Kreis der öffentlichen Erörterung. Einigermassen gespannt darf man auf die zum 1. September erscheinende „Freisinnige Zeitung“ sein, in welcher nunmehr Herr Eugen Richter täglich zu seinen Getreuen reden wird. Die Herrn Windthorst ergebenen Blätter benutzen ihren Raum, soweit er nicht durch den Paderborner Erlass in Anspruch genommen wird, zu Artikeln für den Herzog von Cumberland, die indessen ihren Zweck gänzlich verfehlen dürften, da in dieser Frage alles unwiderruflich entschieden ist, und es schwerlich noch gelingen wird, die öffentliche Meinung über die Bedürfnisse des Reichs und das Doppelspiel des Herzogs irre zu führen.

Der bisherige Generalconsul in Zanzibar, Gerhard Kohlfs hat sich nach Europa eingeschifft. Als sein Nachfolger ist Travers, bisher Consul in Ranton (China), bestimmt. Privatnachrichten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zufolge hat der Sultan von Zanzibar an verschiedenen Orten seine Flaggen hissen lassen, wo deutsches Protectorat erklärt ist oder doch seine Rechte höchst zweifelhaft sind.

Aus dem Auslande.

Von der Woche, in welcher der Jahrestag der französischen Kriegserklärung gegen Deutschland zum fünfzehnten Male wiederkehrte, ist Erhebliches nicht zu berichten. Das neue englische Ministerium hat bei Gelegenheit von Neuwahlen verschiedene Wahlsiege erfochten, — das republikanische Frankreich am 14. Juli sein jährliches Nationalfest gefeiert, — Spanien eine abermalige Veränderung seines Ministeriums erlebt, die Regierung Belgiens ein anarchistisches Nest ausgenommen, das in Brüssel sein Wesen zu treiben versuchte, die Schweiz endlich ein und zwanzig derselben Partei angehörige Wähler ausgewiesen und mit dieser Maßregel die Zustimmung aller anständigen Bürger der Eidgenossenschaft erzielt. — Der Kaiser von Rußland, der eine Reise durch Finnland unternommen hatte, ist am 11. d. M. in seine Sommerresidenz zurückgekehrt. Im Uebrigen bieten alle Theile Europas ein gleich ruhiges Bild dar. Auch über den Gang der russisch-englischen

Verhandlungen betr. Afghanistan haben neue Nachrichten nicht vorgelegen. Einem wohlunterrichteten belgischen Blatte wurde dieser Tage geschrieben, daß das Einverständnis, welches im Augenblicke der Sturzes Gladstones so gut wie erzielt war, aufrecht erhalten bleibt; daß die Debatte über die ganze Frage nicht wieder eröffnet, die Verhandlungen an dem Punkte, wo sie unterbrochen wurden, wieder aufgenommen und die Rußland gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten werden. Da sich die russische Regierung in derselben Stimmung befindet und keineswegs die ihr zugeschriebene Absicht, neue Bürgschaften von dem gegenwärtigen englischen Kabinete zu verlangen, hegt, so liegt Grund zur Hoffnung vor, daß die Streitfrage bald beigelegt sein dürfte.

Zu Anfang der Woche erregte die in London eingetroffene Meldung, daß der vielgenannte falsche Prophet im Sudan, der sog. Mahdi, ermordet worden sei und daß die von demselben gesammelte Armee zu Folge von Streitigkeiten der Führer der Auflösung entgegengehe, ein gewisses Auf-

sehen. Da Bestätigungen dieser an und für sich wenig glaubhaften Nachricht bis zur Stunde nicht eingetroffen sind, liegt die Annahme nahe, daß es sich um ein unverbürgtes Gerücht handle, welches von müßiggehenden englischen Journalisten der ägyptischen Hauptstadt mit Rechnung auf das Neuigkeitsbedürfnis gewisser Zeitungen weiter verbreitet worden.

Wenigstens beiläufig wird davon Act zu nehmen sein, daß die Ernte-Aussichten in Rußland und Nord-Amerika der anhaltenden Dürre wegen ungünstiger als in früheren Jahren sind. Sollte zu Folge verminderten Getreideangebots aus diesen Ländern eine vorübergehende Steigerung der Kornpreise eintreten, so wird daran festzuhalten sein, daß das mit unsern Getreidevöllen außer Zusammenhang steht und aus unabänderlichen und natürlichen Ursachen herrührt.